

**Abschlussklärung
der SPD-Fraktion
zum
Haushalt 2019**

Wolfgang Große Brömer
Vorsitzender

Oberhausen, 19.11.2018

Es gilt das gesprochene Wort!

Anrede,

meine letzte Haushaltsrede vor gut einem Jahr habe ich mit der Einschätzung begonnen, dass der Weg zur endgültigen Haushaltsverabschiedung einer Achterbahnfahrt geglichen habe. Gemeint war damit das ständige Auf und Ab der fast wöchentlich wechselnden Ist-Situation des Haushaltes.

Ähnlich spannend war es auch in diesem Jahr. Gelingt wieder ein ausgeglichener Haushalt? Und – fast noch wichtiger – gelingt er ohne zusätzliche Steuererhöhungen? Zweimal „Ja“ lauten die Antworten auf diese Fragen und deswegen sagen wir an dieser Stelle erneut unseren Dank an Kämmerer Tsalastras und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter!

Die dritte „Schwarze Null“ in Folge – auch und gerade wegen des Stärkungspaktes Stadtfinanzen der alten Landesregierung! Ohne die Stärkungspaktmittel wäre auch diesmal kein ausgeglichener Haushalt möglich gewesen!

Und da verwundert es doch sehr, dass es immer noch uneinsichtige Menschen gibt, die meinen, gegen den Stärkungspakt „wettern“ zu müssen – wie zum Beispiel Kollegin Stehr es noch im letzten Jahr getan hat. Aber wer weiß? Vielleicht hat die finanzpolitische Einsicht mittlerweile ja auch die Reihen der CDU-Fraktion erreicht ... „Wettern“ müssten Sie in der Tat, Frau Stehr, nämlich gegen Ihre eigene Landesregierung, der wir die diesjährige Achterbahnfahrt des Haushaltes zu verdanken haben. Mehr als 10 Millionen EURO ist der letzte aktuelle Stand der Einbußen, die Oberhausen wegen der von der Landesregierung beschlossenen Umverteilung der Schlüsselzuweisungen zulasten des Ruhrgebietes verkraften muss. Und das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist ein Skandal!

Ein Skandal deshalb, weil gerade die finanzschwachen Städte mit einer hohen Arbeitslosigkeit und hohen Sozialausgaben benachteiligt werden, das heißt genau die Kommunen, die eine finanzielle Hilfe am nötigsten hätten. Die Schere zwischen armen und reichen Städten klappt immer weiter auseinander, gleichwertige Lebensbedingungen in den Städten dieses Landes werden auf diesem Weg zu einer unerreichbaren Illusion.

An der kommunalen Steuerschraube haben wir bis zum letzten Millimeter gedreht. Weitere Erhöhungen sind weder den Menschen noch den Unternehmen unserer Stadt

zuzumuten! Die gerade erwähnte Belastung von mehr als 10 Millionen Euro setzt sich in den folgenden Haushaltsjahren noch fort. Hinzu kommt noch eine weitere von der Laschet-Regierung für das nächste Jahr geplante Umverteilungsstufe! Was diese für unseren auf Kante genähten Haushalt bedeuten würde, mag ich mir gar nicht ausmalen. Es ist fünf vor zwölf: Die gerechte Aufteilung von Soziallasten und Steuereinnahmen zugunsten der Städte ist dringend geboten! Herr Oberbürgermeister Schranz, Frau Kollegin Stehr: Machen Sie das Ihrem Parteifreund Armin Laschet endlich klar!

Die Kassenkredite der NRW-Kommunen sind auf fast 27 Milliarden Euro geklettert. Salopp gesprochen: Unsere Städte stehen knietief im Dispo, mit allen Konsequenzen, die auch wir spüren. Der Spielraum für bitter notwendige Investitionen tendiert gegen Null. Wenn die Zinsen auch nur geringfügig steigen, wird ein erneuter Haushaltsausgleich für uns zur Utopie.

Und genauso illusorisch ist die Annahme, die Städte könnten sich aus eigener Kraft von diesem Schuldenberg befreien.

Daher müssen die Vorschläge für einen Entschuldungsfonds endlich ernsthaft diskutiert werden. Der Vorschlag des ver.di-Landesbezirks, die Kassenkredite in einer NRWKASSE zusammenzufassen, bei der die Tilgung langfristig von den Kommunen, die Zinszahlung aber vom Land übernommen wird, hat eine sorgfältige Prüfung verdient. Diese NRWKASSE könnte den Kommunen endlich wieder Luft zum Atmen verschaffen und Gestaltungsspielräume für dringend erforderliche Investitionsvorhaben eröffnen.

Anrede,

CDU und Oberbürgermeister bemühen sich ja in den letzten Monaten eifrig, eine neue Dynamik und gar eine Aufbruchstimmung in Oberhausen herbeizureden. Die Reaktion der Oberhausenerinnen und Oberhausener ist dazu jedoch ziemlich verhalten. Wer mag es ihnen verdenken? Offenbar rächt sich hier der „Zauberlehrlings-Effekt“: Die Geister, die man rief, wird man nicht so schnell wieder los. Wenn man wie Sie, meine Damen und Herren der CDU, diesen Standort Oberhausen über Jahre schlecht geredet hat, dann schafft man auch innerhalb von drei Jahren keine Kehrtwende allein durch angestregtes und permanentes Schönreden.

Die Menschen in unserer Stadt fühlen sich nach wie vor unsicher, sie sehen nach wie vor den Schmutz und Dreck in dieser Stadt und – vor allem – sie spüren die Strukturschwäche! Die Bürgerinnen und Bürger wollen keinen weiteren Schönsprech, sie wollen sichtbare Ergebnisse, sie wollen belastbare Perspektiven!

Ja, die Arbeitslosenzahlen sind auf einem fast schon historischen Tiefstand. Das ist sehr gut. Aber ist das ein Oberhausen-Effekt? Wohl kaum! Wir profitieren zurzeit von einer gesamtdutschen Konjunkturentwicklung – noch.

Bei genauerem Hinsehen werden die Zweifel deutlich: Ja, in Oberhausen ist die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze im Zeitraum 2016/17 in der Tat gestiegen. Im Ruhrgebietsvergleich bilden wir aber mit einer Steigerungsquote von nur 0,6 % das Schlusslicht aller 15 Städte und Kreise!

Die Tatsache, dass Oberhausen in der Zeit von 2010 bis 2015 (also noch zu Zeiten Klaus Wehlings) ein überdurchschnittliches Wachstum des erwirtschafteten Bruttoinlandprodukts von 17,2% zu verzeichnen hatte, belegt aber das mögliche wirtschaftliche Potenzial unserer Stadt. Und deshalb begrüßen wir auch ausdrücklich die Initiative des Oberbürgermeisters, gemeinsam mit den verschiedensten Akteuren einen Masterplan Wirtschaft für Oberhausen zu erarbeiten. Wenn es gelingt, mehr als nur eine Hochglanzbroschüre zu veröffentlichen, wenn es tatsächlich gelingen sollte, durch die Kooperation endlich auch einen Durchbruch für einen dritten, einen sozialen Arbeitsmarkt zu schaffen, dann hätten wir viel erreicht und gewonnen.

Denn wir dürfen uns nicht darauf verlassen, dass allein durch die versprochenen 1500 Logistik-Arbeitsplätze im EDEKA-Lager die immer noch gravierend hohe Langzeitarbeitslosigkeit in Oberhausen beseitigt wäre. Nein, die neuen durch den Bund eröffneten Fördermöglichkeiten müssen gemeinsam mit dem Jobcenter, den Wohlfahrtsverbänden, den Betrieben und der Stadt für Arbeitsplätze eingesetzt werden, die den betroffenen Menschen wieder eine sinnvolle Perspektive, ein Leben von einem selbst erarbeiteten Einkommen ermöglichen.

Der Masterplan Wirtschaft muss aber noch mehr liefern: eine Zukunft für gute Arbeit! Denn Oberhausen muss mehr können als Logistik! Unsere Schulabgänger brauchen nicht nur mehr Ausbildungsplätze, sondern auch Ausbildungsperspektiven, die modern

und zukunftssicher sind. Oberhausen braucht die Ansiedlung innovativer Start-Ups. Und genau dafür müssen zielgerichtet die Voraussetzungen geschaffen werden. Die Ansiedlung einer Krankenkassenverwaltung im Technologie-Zentrum-Umweltschutz ist zwar hilfreich für die Vermietungsbilanz, hat aber mit dem eigentlichen Auftrag des TZU's herzlich wenig zu tun.

Die Einrichtung zur Erforschung von 3-D-Druck in der industriellen Produktion am Standort MAN ist da schon ein weitaus besseres Beispiel. Hierfür muss die Stadt alles Erdenkliche und Machbare unternehmen, um diese Entwicklung zu unterstützen.

Anrede,
trotz aller Meinungsverschiedenheiten und trotz der nach wie vor prekären Haushaltssituation haben wir doch einige grundlegende Beschlüsse auf den Weg gebracht, die entscheidende Verbesserungen für die Bürgerinnen und Bürger in Oberhausen bieten.

Als Erstes möchte ich hier den gemeinsam verabschiedeten Antrag „Senioren im Mittelpunkt“ nennen. Ausgehend von unserer Großen Anfrage zur Situation der Seniorinnen und Senioren in Oberhausen ist es einer interfraktionellen Arbeitsgruppe gelungen, mit dem Antrag ein Arbeitsprogramm zu starten, das nicht nur die Beratungsangebote für unsere älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger verbessern wird.

Die Absicherung der Schulsozialarbeit im bisherigen Umfang ist ein weiteres Beispiel. Die 8,5 Stellen, die ursprünglich aus dem Bildungs- und Teilhabegesetz finanziert worden waren, konnten nun im städtischen Haushalt berücksichtigt werden. Auch wenn das wieder einmal ein Beispiel dafür ist, dass fehlende Bundes- und Landesmittel durch kommunale Finanzen ausgeglichen werden müssen, war diese Maßnahme dringend notwendig und unterstützt die Schulen bei der Wahrnehmung ihres Bildungsauftrags in schwierigen Situationen.

Bereits im letzten Jahr musste die Stadt trotz vollmundiger Landesversprechen („KTE-Rettungspakt“) die Träger von Kindertageseinrichtungen finanziell unterstützen, um die fehlende Landesunterstützung auszugleichen und das KTE-Angebot in Oberhausen abzusichern. Da die Landesregierung immer noch keine auskömmliche Finanzierung

ermöglicht, mussten die zusätzlich benötigten Mittel wieder durch die Stadt zur Verfügung gestellt werden. Dies konnte – zumindest für das erste Halbjahr 2019 – im Haushalt berücksichtigt werden.

Der städtische Zuschuss für die Träger des Offenen Ganztags an den Oberhausener Grundschulen war seit 2004 unverändert. Hier kann nun endlich durch eine Erhöhung um rund eine Millionen EURO die Qualität des pädagogischen Angebots nachhaltig verbessert werden.

Ein leider typisches Problem armer Städte im Vergleich zu den reicheren Kommunen ist die Tatsache, dass Gebühren für die Betreuung in Kindertageseinrichtungen und im Offenen Ganztagsbereich auch von Eltern mit einem äußerst geringen Einkommen erhoben werden. Wir halten den Besuch von KTE und Offenem Ganztags für ein notwendiges Bildungsangebot, von dem kein Kind aus finanziellen Gründen ausgeschlossen werden darf. Deswegen freuen wir uns, dass unser Antrag auf Beitragsbefreiung für Eltern mit einem Jahreseinkommen von unter 20.000 EURO heute eine breite Mehrheit bekommen hat. Das hat uns dem Ziel, dass Bildung grundsätzlich kostenfrei angeboten werden muss, einen kleinen Schritt näher gebracht.

Anrede

Im nächsten Jahr wird von der Stadt, wird von uns erwartet, dass der verabschiedete Haushalt auch in der Umsetzung ein ausgeglichener Haushalt bleibt. Bei dem geringen Spielraum wird das eine große Herausforderung für alle Beteiligten werden. Das Controlling der Einnahmen und Ausgaben muss von Jahresbeginn an effektiv und gleichsam transparent für die Ratsmitglieder stattfinden. Wenn weiterhin Steuererhöhungen vermieden werden sollen, dann müssen sich Rat wie Verwaltung mit großer Selbstdisziplin auf diesen schwierigen Weg begeben. Ich wünsche uns allen dabei viel Erfolg und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Glück auf!

**Rede anlässlich der
Haushaltsverabschiedung 2019**

-es gilt das gesprochene Wort-

Andreas Blanke
Fraktionsvorsitzender
GRÜNE Ratsfraktion

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger,
meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen,

für meine heutige Haushaltsrede machte ich mich auf die Suche nach einem Philosophen, der es erlaubt, einen roten Faden für meine Haushaltsrede zu spinnen. Gelandet bin ich bei der Tugendethik des Aristoteles.

Für Aristoteles war die Tugend eine Frage von Maß und Mitte. Er lehrte, man müsse das Übermaß vermeiden. So solle man sich vor Tollkühnheit genauso hüten wie vor der Feigheit.

Der Kommunikationswissenschaftler Friedemann Schulz von Thun hat diese Theorie etwas erweitert und darauf sein Wertequadrat gesetzt. Jede Tugend hat demnach eine Schwestertugend, und zu beiden gibt es Übertreibungen, die ganz und gar von Übel sind. Ein besonders leicht verständliches Beispiel sind Sparsamkeit und Großzügigkeit.

Wer es mit der Sparsamkeit übertreibt, wird von Geiz zerfressen und sollte generöser werden. Wer hingegen gar zu großzügig ist, wird sich ruinieren und sollte sparen üben.

Auch wenn wir heute keinen Haushalt verabschieden, der von Geiz zerfressen ist, so haben die letzten Wochen der Haushaltsberatungen gezeigt, dass Geiz eben nicht geil ist, sondern Sparsamkeit auch 2019 in Oberhausen eine Tugend sein wird. Es hat sich aber auch gezeigt, dass sich durchaus Räume schaffen lassen, die nicht unbedingt eine übermäßige Großzügigkeit bedürfen und mit vorhandenen Mittel sowie unter Ausschöpfung der gestalterischen Spielräume – sich positiv auf die Entwicklung Oberhausens auswirken werden.

Bleiben wir aber zunächst bei Aristoteles und zu seiner Frage von Maß und Mitte. Lassen Sie mich an einigen Beispielen klar machen, wie aus Sicht meiner Fraktion mit dieser These umgegangen werden muss, ohne unbedingt als tollkühn oder feige bezeichnet zu werden, denn 2019 stehen wir auch weiterhin vor ganz erheblichen Herausforderung z.B. in Sachen Klima- und Umweltschutz aber auch für die Neuausrichtung der kommunalen Mobilität.

Es war Ende 2017 weder tollkühn noch utopisch, als wir als treibende Kraft der Koalition das Thema der kommunalen Mobilitätswende angestoßen haben.

Wir haben damit wichtige Impulse gesetzt. Heute, ein Jahr später gibt es aus unserer Sicht in Punkto Maß und Mitte noch eine Menge Luft nach oben und seit Donnerstag wissen wir, dass Fahrverbote nun auch für die ersten Städte im Ruhrgebiet drohen. Auch Oberhausen und die Mülheimer Straße stehen im Focus einer weiteren Klage.

Seit Jahren müssen die Menschen entlang der Mülheimer Straße, aber auch an anderen Hauptverkehrsstraßen, mit diesen gesundheitsgefährdenden Lebensbedingungen mehr oder weniger leben. Dieser Gesundheitsschutz ist seit Jahren immer dem Grundsatz „Freie Fahrt für freie Bürger“ geopfert worden. Damit muss nun Schluss sein.

Wir sind immer gegen Fahrverbote gewesen und haben deshalb für einen konsequenten Ausbau der Alternativen zum Auto plädiert. Nun rächt sich die jahrelange Blockadehaltung der Bundesregierung und die erfolgreiche Lobbyarbeit der Automobilkonzerne zu Gunsten dreckiger Dieselfahrzeuge.

Die Hauptverantwortung für dieses Desaster hat die Bundesregierung und die sie tragenden Fraktionen von Union und SPD. Auch Oberhausen muss nun voraussichtlich die Zeche dafür zahlen, denn immer noch nimmt die Bundesregierung es stoisch hin, dass die Autoindustrie Millionen von Menschen ungestraft hintergehen und betrügen konnte – und nun diese die Leidtragenden sind, obwohl sie die eigentlich Betrogenen sind. Wertverluste im vierstelligen Bereich für Bürgerinnen und Bürger werden von der Regierung genauso hingenommen, wie die Probleme, die kleine Handwerksbetriebe und Gewerbetreibende mit ihren Dieselfahrzeugen bekommen. Statt endlich für Hardware-Nachrüstungen ausschließlich auf Kosten der Autoindustrie zu sorgen, besorgt man dieser lieber mit sogenannten Umtauschprämien ein neues Konjunkturprogramm. Folgt man Aristoteles, ist dies wohl eher als feiges Handeln zu bezeichnen.

Was aber können wir jetzt und im nächsten Jahr tun?

Die Forderung meiner Fraktion ist nicht neu, denn für eine nachhaltige Mobilitätswende muss die Infrastruktur verbessert und teilweise neu geschaffen werden.

Wir müssen als Kommune selbst initiativ werden, wir müssen das regeln, was wir eigenständig tun und auch finanzieren können. Jammern alleine ist nicht zielführend.

Wir wollen handeln und werden deshalb Anfang des kommenden Jahres mit mehreren Initiativen in die Gremienberatungen gehen. Wie das konkret aussieht, will ich hier kurz exemplarisch vorstellen:

Wir wollen die emissionsarme Mobilität stärken. Hierzu soll unter anderem Kontakt zu Einzelhandelsunternehmen aufgenommen werden, um diese für eine Bewerbung der Landesförderung „Emissionsarme Mobilität“ zu gewinnen, da diese u.a. eine Förderung von 30 Prozent beim Kauf eines Elektro-Lastenfahrrads vorsieht.

Die gefördert erworbenen E-Lastenräder können dann an Kundinnen und Kunden der Einzelhandelsunternehmen für den Transport von schweren Einkäufen verliehen werden. Somit können unnötige PKW Fahrten auf kurzen Strecken überflüssig und unattraktiv werden.

Außerdem wollen wir eine Mobilitätsstation zur Förderung der Vielfalt der emissionsfreien Fortbewegung in Oberhausen einrichten, die als Anlaufpunkt dienen soll, an dem Leihräder, elektrisch betriebene Lastenräder, Elektroroller, Carsharing-Fahrzeuge und ÖPNV-Tickets angeboten werden. Ergänzend sollen dort Beratungen zur situationsadäquaten Fortbewegung angeboten werden und die umweltfreundlichere Alternativen zum Auto hervorgehoben werden. Geprüft werden sollte die Kombination des Projektes mit Arbeitsmarktprojekten für Langzeitarbeitslose.

Die Mobilitätsstation ergänzt dabei aus unserer Sicht die Arbeit von konzeptionell arbeitenden Mobilitätsmanagerinnen bzw. Mobilitätsmanagern, die durch entsprechende Öffentlichkeitsarbeit ein Umdenken zu energieeffizienterer, umweltfreundlicherer Fortbewegung fördern sollen. Hierzu hat der Bürgerantrag des BUND und ADFC gute Anregungen geliefert.

Eine weitere Maßnahme zur Attraktivitätssteigerung der Elektromobilität soll die Befreiung von Parkgebühren für Fahrzeuge mit E-Kennzeichen oder einer Plakette für elektrisch betriebene Fahrzeuge sein. Hier ist lediglich die Parkgebührenordnung zu überarbeiten.

Eine Fördermaßnahme seitens des Bundes wurde durch das Elektromobilitätsgesetz bereits im Juni 2015 erlassen.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

und damit Aristoteles erneut bemüht werden kann, wollen wir Grüne auch durchaus etwas nahezu Tollkühnes auf den Weg bringen, denn was die Bundesregierung nicht hinbekommt, wollen wir in Oberhausen zumindest im Kleinen versuchen, in dem wir eine Diesel-Abwrackprämie prüfen lassen wollen.

Unter dem Motto „Tausche Diesel-Fahrzeug gegen kostenloses ÖPNV-Ticket“ soll die Verwaltung prüfen, wie allen privaten Halterinnen und Haltern von in Oberhausen zugelassenen Diesel-PKWs der Schadstoffklassen Euro 1-4 ein kostenloses, lebenslang gültiges ÖPNV-Ticket 2000 der Preisstufe A im Tausch gegen eine zertifizierte Verschrottungs-Bescheinigung ihres Diesel-PKWs angeboten werden kann. Hierfür soll ein rechtssicheres Durchführungs-konzept bis zur Sommerpause 2019 vorzulegen sein.

Auch die permanenten Verstöße gegen die Fahrverbote in der Umweltzone sind nicht länger akzeptabel. Wir fordern daher eine regelmäßige und engmaschige Kontrolle der Durchfahrtsverbote für LKW ab 3,5t Gesamtgewicht auf der Mülheimer Straße. Hierzu sollen zwei stationäre Blitzanlagen zur Kontrolle und Ahndung von LKW-Durchfahrten angeschafft werden und ihre Wirksamkeit regelmäßig evaluiert werden.

Neben der weiteren Attraktivierung des Radverkehrs in Oberhausen – wir kommen im weiteren Verlauf der heutigen Ratssitzung darauf ja noch einmal zurück – muss auch der öffentliche Nahverkehr in Oberhausen gestärkt werden.

Angesichts der zunehmenden Dichte des motorisierten Individualverkehrs mit den Folgewirkungen Staus, gesundheits-gefährdende Feinstaubbelastung, Lärm und klimaschädlichen CO₂-Ausstoß bedarf es deutlich verstärkter Anstrengungen, die den ÖPNV unattraktiv machenden Begleiterscheinungen so zu verändern, dass mehr Menschen eine Systementscheidung fort vom eigenen Auto zur dauerhaften Nutzung des ÖPNV vollziehen.

Hierfür sind fünf Faktoren besonders wichtig:

Wir müssen mittelfristig das Preisniveau senken, denn seit Jahren werden die Fahrpreise auch für die regelmäßigen Nutzerinnen und Nutzer des ÖPNV erhöht. Das Preis-Leistungs-Verhältnis wird zunehmend schlechter. Eine mehrjährige Pause bei Tarifierhöhungen ist unabdingbar.

Die Sauberkeit und Sicherheit in Bahnen und Bussen erhöhen, da die Nutzung des ÖPNV in den Augen der Nutzerinnen und Nutzer angesichts systembedingten Komforts – und Zeitverlustes nur dann attraktiv ist, wenn die Fahrten in sauberen und sicheren Verkehrsmitteln dauerhaft gesichert sind.

Auch die Zuverlässigkeit der Fahrten ist zu steigern, die Anschlussfahrten müssen gewährleisten sein und die Kommunikation ist zu verbessern, denn angesichts gesellschaftlich zunehmenden Zeitdrucks im beruflichen und privaten Umfeld ist die Unzuverlässigkeit der Verkehrsmittel für viele potenzielle Nutzerinnen und Nutzer der abschreckendste Faktor bei der Entscheidung, den ÖPNV dauerhaft zu nutzen. Daher bedarf es unserer Ansicht nach im Stadt- und Regionalverkehr erhebliche Anstrengungen, pünktliche Ankunftszeiten und funktionierende Anschlüsse zu gewährleisten.

Erhebliche Investitionen in das Schienennetz und in neue Busse und Bahnen müssen einhergehen mit kurzfristig zu realisierenden Maßnahmen, die Pünktlichkeit zu erhöhen. Weitere Sparsamkeit ist hier das falsche Signal.

Wir brauchen in der Metropolregion Ruhr eine Verbesserung städteübergreifende Verbindungen, da angesichts einer zersplitterten Landschaft von Verkehrsgesellschaften die Interessen von Fahrgästen an einer übergreifenden, aufeinander abgestimmten Planung von Bus- und Bahnlinien auf der Strecke bleiben. Gefordert ist eine übergreifende Planungsinstanz und ein Finanzierungs-instrumentarium, welches unabhängig von den finanziellen Grenzen der jeweiligen Stadt ein an den Mobilitäts-bedürfnissen der Nutzerinnen orientiertes Angebot entwickelt.

Last but not least müssen die **Verkehrstakte verkürzt und das Linienangebot ausgebaut werden**, denn große Metropolen machen es vor: Der ÖPNV ist in dem Maße attraktiv, wie Taktzeiten kurz und ein morgendliches und ein nächtliches, durchgehendes Angebot vorhanden ist. Der Trend des letzten Jahrzehnts, das Linienangebot auszudünnen, muss als teurer Irrweg der Verkehrspolitik erkannt und im Rahmen einer Verkehrswende dauerhaft durch deutliche mehr Investitionen in Netze, Material und Personal umgekehrt werden.

Die Zeit der Appelle ist vorbei: Land und vor allem der Bund müssen ihre Zuschüsse dauerhaft erheblich aufstocken. Oberhausen kann die Kosten hierfür nicht alleine stemmen.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

Lassen Sie mich zum Schluss nochmals an die These von Friedemann Schulz von Thun anknüpfen:

„Wer es mit der Sparsamkeit übertreibt, wird von Geiz zerfressen und sollte generöser werden. Wer hingegen gar zu großzügig ist, wird sich ruinieren und sollte sparen üben.“

Politische Spielräume schaffen bedeutet die Finanzen im Blick zu haben. Das hat nichts mit übertriebener Sparsamkeit noch mit überzogener Großzügigkeit zu tun. Die Grüne Ratsfraktion stimmt diesem Haushalt zu, denn wir halten es für wichtig, dass Oberhausen auch 2019 handlungsfähig bleibt, damit wir die Zukunft gestalten und die gesetzten Ziele erreichen können. Das stellen wir mit unseren Stimmen sicher und nehmen so unsere Verantwortung wahr.

Wir sehen gerne in eine grünere Zukunft. Für andere hier im Saal stellt sich die Zukunft vermutlich anders dar. Vielleicht ist sie dann am Ende bunt – das wäre für uns auch eine gute Vision.

Lassen Sie uns an einer guten, vielfältigen, bunten Zukunft für Oberhausen arbeiten, bleiben wir **großzügig** bei unserer Willkommenskultur für geflüchtete Menschen, sind wir **nicht feige**, wenn es darum geht auch in Oberhausen für eine offene Kultur des Miteinanders zu stehen, behalten wir beim politischen Streit immer **Maß und Mitte** im Auge und sind wir manchmal – bei aller nötigen **Sparsamkeit** ein wenig **utopisch**. Am besten gemeinsam und im Dialog.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Linke Liste Ratsfraktion, Friedensplatz 8, 46045 Oberhausen

Friedensplatz 8
46045 Oberhausen
Tel.: 0208 884220
Fax: 0208 884220-17

www.linkeliste-ob.de
info@linkeliste-ob.de

www.facebook.com/linke.liste.oberhausen
www.twitter.com/linkeliste_ob

IBAN: DE16 3655 0000 0050 0014 29
BIC: WELADED1OBH
Stadtsparkasse Oberhausen

Oberhausen, den 19.11.2018

**Haushaltsrede von Petra Marx
Ratssitzung 19.11.2018**

Sehr geehrter Oberbürgermeister,
meine Damen und Herren,

Sie, Herr Oberbürgermeister Schranz, haben Ihre Rede zur Einbringung des Haushalts mit einem Zitat begonnen, mit dem Sie drauf aufmerksam machen wollten, dass die Stadt vor der Herausforderung stehe, sowohl Sparsamkeit gegenüber der Kommunalaufsicht zu zeigen, aber gleichzeitig auskömmlich für die Interessen und Belange der Bürgerinnen und Bürger zu sein.

Beides in gleichen Teilen zu bewerkstelligen ist schier unmöglich, sind die Interessen der Bürgerinnen und Bürger der Stadt doch ganz andere, als die der Kommunalaufsicht. Bürgerinnen und Bürger wünschen sich eine lebendige Stadt, mit hoher Lebensqualität, guter Luft und einem breitgefächerten Angebot an Schulen, Kitas, Grünflächen, Freizeit-, Sport-, und Kultureinrichtungen, Gesundheits- und Nahversorgungsangeboten.

Für die Kommunalaufsicht zählen alle diese Dinge nicht. Sie möchten einzig und allein - die „Schwarze Null“ sehen, wie? - ist nahezu gleichgültig.

Wir müssen uns hier im Rat die Frage stellen, für wen wir Politik machen und wessen Interessen wir hier vertreten sollten. Die Frage lässt sich einfach beantworten, wenn wir uns anschauen, wer uns hier in den Rat entsandt hat und in wessen Auftrag wir heute hier sitzen: Es sind die Bürgerinnen und Bürger der Stadt und nicht die Kommunalaufsicht. Doch seit Jahren liegt der Schwerpunkt einzig auf

„Sparen“, viel zu lange. Wobei das Wort Sparen etwas suggeriert was es nicht ist. Denn sparen kann man nur, wenn man mehr zur Verfügung hätte, als das was an Ausgaben notwendig ist. Aber in Oberhausen liegt die Lage genau anderes herum. Und so sparen wir nicht, sondern es wird gekürzt, und gekürzt wird an den Dingen die den Bürgerinnen und Bürgern wichtig sind: Sozial-, Kinder-/Jugend-, Sport-, Kultur- und Bildungsbereich.

Zum anderen ist es auch nicht so, dass die Stadt eine freie Wahl gehabt hätte, sich diesen Kürzungen zu verweigern. Spätestens seit dem Stärkungspakt befindet sich die Stadt in einem Zustand, der von ständigen Einschüchterungen/Androhungen/Zurechtweisungen/Zwangsandrohungen aus Düsseldorf gekennzeichnet ist.

Der Artikel 28 des GG sichert den Gemeinden zwar finanzielle Eigenverantwortung zu. Doch wo bleibt die Autonomie, wenn die Kommunalaufsicht die Städte zu Sparmaßnahmen zwingt, obwohl doch offensichtlich ist, dass die desolate Situation durch die strukturelle Unterfinanzierung erst entstanden ist. Aus ihrer finanziellen Notlage kommen die Gemeinden nicht mit eigener Kraft heraus. Da sind alle sogenannten Haushaltssicherungskonzepte nichts als Makulatur.

Die Kommunen jedoch werden seitens der Bezirksregierung mit der Androhung erpresst, von der Teilnahme an Projekten und Fördermitteln ausgeschlossen zu werden. (Wer erwirtschaftete noch mal die Gelder die nun für Fördermittel und Projekte zugeteilt werden?)

Und so steht auch der Haushalt für das Jahr 2019 wieder einmal unter dem Gesichtspunkt weiterer schmerzhafter Konsolidierungseingriffe. Der Stärkungspakt zwingt uns auch weiterhin die schwarze Null zu erreichen, obwohl die letzten Jahre seit 2016 von steigenden Soziallasten geprägt waren. Eine auskömmliche Finanzierung von Seiten Bund und Land gibt es nach wie vor nicht.

Wie labil das Ganze Konstrukt „Stärkungspakt“ ist, zeigen nun die Entwicklungen durch das neue Gemeindefinanzierungsgesetz 2019.

Wie die Kämmerei selbst in der Vorlage schreibt, „führt diese gesetzliche Veränderung der Finanzverteilung zu Defiziten, die den Haushaltsausgleich in 2019 und auch in den Jahren 2020 und 2021 [für Oberhausen] gefährden. Die Erträge fallen zu gering aus, um alle Aufgaben zu erfüllen.“

Das bedeutet, dass entweder weitere Einsparungen vorgenommen oder aber die Erträge gesteigert werden müssten, was im Prinzip nur durch Steuererhöhungen kurzfristig erreicht werden kann.“ Der Kämmerer versucht den Druck aus Düsseldorf nach unten weiterzugeben. Die Anhebung der Grundsteuer B ist daher vielleicht für das Jahr 2019 noch aufgeschoben, aber keinesfalls aufgehoben. Ausbaden muss dies daher der städtische Haushalt, letztendlich die Bürgerinnen und Bürger, indem noch einmal noch stärker gekürzt werden muss.

Und so liest sich der Haushaltssanierungsplan an manchen Stellen schon ziemlich grotesk, wenn die Verwaltung nun plant, Mehreinnahmen mit Versterben von Menschen erzielen zu wollen. Kostengünstigere Bestattungen auf weniger Flächen und weniger Pflegemaßnahmen. Der griechische Staatsmann Perikles sagte einst: „Die Kultur eines Volkes erkennt man daran, wie es mit seinen Toten umgeht“. Eigentlich ist dem nichts mehr hinzuzufügen. Das Beispiel verdeutlicht nur zu gut, wie sich die neoliberale Kultur des Kürzens bereits in unsere Stadtgesellschaft ausgebreitet hat und dabei ist den letzten Funken Menschlichkeit in unserer Stadt zum Erlöschen zu bringen.

Ein Weg zum Sparen sind auch aktuell die Bürgerumfragen, bei denen Oberhausener Bürger selbst entscheiden können welchen Arm sie sich zuerst abschneiden möchten. Das suggeriert Mitbestimmung, schiebt aber im Zweifelsfall die Verantwortung ein Stück weit ab.

Ein Lieblingsausweg der Verwaltung aus der Sparmisere sind die „Paten“. Damit ist jetzt nicht „Der Pate“ aus dem gleichnamigen Roman von Mario Puzo, gemeint - Obwohl manchmal das Gebaren der Bezirksregierung, -- Nein, gemeint sind die Spielplatzpaten neben diesen es zukünftig auch „Sporthallenpaten“ geben soll. Wir bedanken uns bei allen Menschen in Oberhausen, die ehrenamtlich tätig sind und dafür Sorge tragen, dass Spielplätze gepflegt und intakt sind. Auch werden sich in den Sportvereinen sicherlich Personen finden lassen, die diese Aufgabe für ihre Vereine und Kinder gerne übernehmen, aber eins muss doch auch klar sein: Das sind doch keine Aufgaben, die nur durch Ehrenamt oder Gratisarbeit geleistet werden sollten.

Hinter ihrer Einführung steht in erster Linie ein rein monetäres Interesse. Wenn Hallen zukünftig von Freiwilligen betreut werden, kann sich die Stadt einen Teil der Betriebskosten sparen. Es braucht geschulte, verantwortliche städtische

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Sport- und Kinderspielflächen begutachten, warten und betreuen.

Und in diesem Reigen der Kürzungen geht auch der Personalabbau in der Stadt vorstatten. Im Stellenplan sind zwar zusätzliche 74 Stellen beinhaltet, was wir sehr begrüßen. Gleichwohl weise ich auf das Schreiben zum Stellenplan 2019 des Personalrat der Stadtverwaltung vom heutigen Tage hin, worin auf den eklatanten Personalmangel bis zum Jahr 2021 hingewiesen wird.

Bereits in der Vergangenheit haben wir stets betont, dass aus unserer Sicht die Stadt mehr Personal statt weniger benötigt. Ein Mehr an Personal bedeutet auch gleichzeitig eine Entlastung des bereits vorhandenen Personals, weniger Überstunden und weniger aufgrund hoher Belastung entstehende Krankheitsfälle. Doch letzten Endes wird auch weiter in der Verwaltung kräftig an Stellen eingespart. Unser besonderer Dank gilt an dieser Stelle allen städtischen Mitarbeiterinnen und – Mitarbeitern, die trotz Personalmangel, Überstunden und Arbeitsverdichtung ihre Aufgaben bestmöglich umgesetzt haben. Vielen Dank!!

Unaufhaltsam geht auch der Grundstücksverkauf weiter. Eine Stadt im Ausverkauf sozusagen. Private und Investoren reißen das kommunale Eigentum an sich.

Nach wie vor fragen wir uns da: Warum nicht verpachten und es im Besitz der Kommune belassen?!

Wenn dem Trend der Privatisierung nichts entgegengesetzt wird, dann haben wir in der Tat bald gar nichts mehr zu beschließen. Unter dem Motto „Privat vor Staat“ sind in der Vergangenheit schon viele Bereiche aus der kommunalen Verantwortung entlassen worden. Ein aktuelles Beispiel dafür ist die Privatisierung der Luise-Albertz-Halle. Wieder aus Kostengründen, ein Konzept wurde von den potentiellen Interessenten nicht vorgelegt. Ob sie es zukünftig besser machen, wird sich zeigen, ist aber wie fast immer auch nicht wirklich entscheidend für das Outsourcen von städtischen Aufgaben.

Die Schulden und mit ihr die rigide Kürzungspolitik sind das Ergebnis einer verfehlten Steuer- und Sozialpolitik im Bund und im Wesentlichen nicht hausgemacht.

Deshalb ist DIE LINKE auch weiterhin nicht bereit, zu akzeptieren, dass dafür die Oberhausenerinnen und Oberhausener in Form von miserabler Lebensqualität, der Ausdünnung der städtischen Infrastruktur und des Öffentlichen Dienstes einen so hohen Preis bezahlen sollen.

Und so erleben wir es, dass nicht nur die Schere in der Gesellschaft zwischen armen und reichen Menschen immer weiter zunimmt, auch die Schere zwischen armen und reichen Kommunen in Deutschland driftet immer weiter auseinander. Die Interessenlage der kommunalen Familie, in der sich doch zahlreiche Kommunen in ähnlicher finanzieller Situation befinden, müsste doch eigentlich so homogen sein, dass aus den Kreisen, Städten und Gemeinden viel mehr Druck auf Bund und Land gemacht werden müsste, um endlich für eine auskömmliche Finanzierung zu sorgen. Leider passiert hier und woanders kaum etwas. Sie verwalten lieber den Mangel, anstatt sich mit ihren Parteien auf Landes- und Bundesebene anzulegen. Deswegen sind kommunale Haushaltspläne auch völlig ambitionslos. Deswegen wird überall zu wenig investiert. Der Investitionsstau in den Kommunen wird von der KfW auf gut 126 Mrd. Euro beziffert!

Investitionen finden kaum oder nur in sehr begrenzten Maßen statt. Dort wo es am dringendsten gebraucht wird, wird nur notdürftig geflickt. Sei es an Schulen, KITAs, Straßen, Fahrradwegen oder dem ÖPNV. Nicht umsonst liegt Oberhausen weit unter dem Bundesdurchschnitt was die Investitionen pro Kopf anbelangt.

Die Politik und damit auch wir als Stadtrat müssen endlich dafür sorgen, dass die Kommunen sich dauerhaft und nachhaltig finanzieren können!

Hilfe von außerhalb ist erforderlich. Langsam setzt sich die Auffassung durch, dass die kommunalen Einnahmen massiv gesteigert werden müssen, um das kommunale Leistungsangebot aufrechterhalten zu und nachhaltig sein zu können. Es wird sich auch noch die Auffassung durchsetzen, dass dies ohne ein gerechteres Steuersystem, das auch Reiche endlich in die Finanzierung des öffentlichen Bereiches einbezieht, unmöglich sein wird.

Der Stärkungspakt alleine kann das nicht. Denn, die sogenannte Hilfe zur Selbsthilfe weckt Illusionen: Ein ausgeglichener Haushalt ändert noch nichts an den Altschulden

und den dafür nötigen Zinszahlungen. Von daher packt auch der zuletzt geforderte Altschuldenfonds, das Problem nicht an der Wurzel.

Städte wie Oberhausen können langfristig ihre Handlungsfähigkeit nur dann zurückgewinnen, indem man sie direkt von einer Millionärssteuer profitieren lässt. Eine Entschuldung über einen Altschuldenfonds kann dabei nur ein begleitender Schritt sein. Aber noch viel besser als ein solcher Altschuldenfonds, den das Land NRW finanzieren müsste, wäre ein Finanzmoratorium, also die sofortige Einstellung aller Zinszahlungen der Kommunen an die Banken. Das würde Kommunen neue finanzielle Handlungsspielräume verschaffen, ohne den Landeshaushalt zu belasten. Die Banken haben bereits mehr als genug von der desaströsen Lage der öffentlichen Kassen profitiert.

Die Gewerbesteuer als wichtigste Einnahmequelle der Städte und Gemeinden muss weiterentwickelt und ausgebaut werden! Zur Weiterentwicklung der Gewerbesteuer hat DIE LINKE wiederholt Anträge im Bundestag eingebracht. In Richtung Große Koalition möchte ich feststellen, dass es außerordentlich hilfreich wäre, wenn ihre Abgeordneten in Berlin diese Initiativen unterstützen würden! Die Einbeziehung aller unternehmerisch Tätigen, auch der Freiberufler in die Gewerbesteuerpflicht würde dazu führen, den Kommunen mehr vom Steuerkuchen zu verschaffen.

Und wieder einmal lehrt uns diese Misere der Finanznöte der Städte und Gemeinden zu denen auch Oberhausen gehört.

Zitat: „Den Gürtel enger zu schnallen verlangen vor allem jene, die ihren Wohlstandsbauch schon mit Hosenträgern abgesichert haben.“

Bernhard Vogel, deutscher Politiker (SPD- ehemaliger OB München)

Meine Damen und Herren,
dem vorliegenden Haushaltsentwurf können wir nicht zustimmen.

Es gilt das gesprochene Wort.



Bündnis Oberhausener Bürger
im Rat der Stadt Oberhausen

Rede zum

zum Haushalt 2019

Ratssitzung am 19. November 2018

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

sehr geehrte Damen und Herren,

auch wenn wir uns noch lange nicht am Ende unseres Konsolidierungsweges befinden, so haben wir ein weiteres Ziel erreicht.

Zum dritten Mal in Folge liegt uns ein ausgeglichener Haushaltsplan vor. Für die wie immer hervorragende Arbeit bei der Aufstellung dieses Plans gebührt Herrn Tsalastras und seinem Team unsere Anerkennung und unser Dank.

Wir waren fast gezwungen die Hebesätze der Grundsteuer anzuheben, um eine akut drohende Überschuldung der Stadt zu verhindern. Durch zusätzliche Einnahmen und Einsparungen konnte eine Steuererhöhung in letzter Sekunde abgewendet werden. Ich habe zum ersten Mal das Gefühl, den Begriff „Nothaushalt“ für die nähere Zukunft aus meinem Wortschatz streichen zu dürfen.

Nichtsdestotrotz dürfen wir nie aus den Augen verlieren, womit wir uns diese Rettung erkaufte haben: Mit einer massiven finanziellen Belastung unserer Bürgerinnen und Bürger. Daher muss es weiterhin unser vordringliches Ziel sein, durch vorausschauendes Handeln und Planen eine zeitnahe Senkung der Hebesätze möglich zu machen.

Die Vorlage für den Haushalt 2019 war bzw. ist mit Risiken verbunden. wie sie alle wissen. Die kleinste Erschütterung könnte dieses Kartenhaus zum Einsturz bringen.

Der Stärkungspakt von 2011 ist trotz seiner Vorzüge weder Fisch noch Fleisch. Alles in allem lediglich ein Tropfen auf dem heißen Stein. Die Beträge zur Haushaltskonsolidierung, die bis 2020 fließen, reichen bei weitem nicht aus. Es muss deutlich mehr passieren. Das eigentliche Problem besteht weiter und unvermindert: Die hohe Schuldenlast durch den Strukturwandel.

Die Haushaltsrede ist wie jedes Jahr der Anlass zur politischen Abrechnung. In der letzten Haushaltsrede haben wir uns an der polemischen, ideologiebehafteten Diskussion nicht beteiligt, weil derartige Diskussionen nur die Politikverdrossenheit schürt.

Doch heute scheinen uns ein paar parteipolitische Ohrfeigen angebracht zu sein.

Die Stadt Oberhausen ist nach wie vor eine hochverschuldete Stadt. Unseren Wink mit dem Lattenzaun in unserer Haushaltsrede 2018 hat offenbar niemand beherzigt und es hinausgetragen zu Ihren Parteikollegen und Entscheidungsträger auf Landes- und Bundesebene.

Land und Bund werden nicht durch Marsmenschen regiert, sondern durch Mitglieder Ihrer Parteien. Wo bleibt Ihre Anstrengung bei Ihren Parteikollegen endlich zu erwirken, dass gebeutelte Kommunen wie Oberhausen deutlich bei den Altschulden entlastet werden. Die Schulden in Oberhausen sind nicht nur dadurch entstanden, dass Arbeitsplätze in fünfstelliger Zahl verloren gingen und überaus üppig gewirtschaftet wurde, sondern aus mangelnder Verantwortung der Landes- und Bundesregierungen der letzten vierzig Jahre zum Strukturwandel unserer Stadt. Das sollten Sie endlich erkennen und verändern. Wie viele Jahre sollen noch vergehen?

Im letzten Jahr haben wir uns an dieser Stelle für die konstruktive Zusammenarbeit bei Ihnen allen bedankt. Wir waren voll des Lobes über die neue Sachlichkeit im Rat.

Doch nun agieren Sie wieder nach den alten Verhaltensmustern. Hier wird wieder wie im Sandkasten rumgeplänkt. Der ständige Zwergenaufstand nach dem "wer-hats-erfunden-Motto oder Ricola-Prinzip" ist nicht förderlich für Oberhausen und muss endlich aufhören.

Sie alle sind angetreten um sich für das Wohl der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt einzusetzen. Doch manche Auseinandersetzungen in den vergangenen Monaten hier an dieser Stelle zeugen nur von einer kleinkarierten Parteipolitik, wie sie vielleicht im Land- oder Bundestag üblich ist.

Es sollte ihnen möglich sein, sich gemeinsam für Oberhausen und seine Bürger einzusetzen. Wir müssen alle gemeinsam an einem Strang ziehen, wenn es um Oberhausen geht.

Hierzu ist ein Umdenken erforderlich. Wir fordern Sie alle hier im Saal zu mehr Zusammenarbeit auf.

Sie treten durch Ihr Verhalten Tür und Tor auf für die Gruppierung die wir hier alle nicht haben wollen. Ihr Verhalten wird sich bei der nächsten Kommunalwahl 2020 rächen.

Viele der von Ihnen gestellten Anträge befassen sich häufig mit dem gleichen Thema, ob nun Schule, Soziale Angelegenheiten, Sicherheit und Ordnung oder auch Senioren. Doch anstatt sich mit der Sache konstruktiv auseinanderzusetzen, streiten Sie sich häufig um einzelne Worte oder Formulierungen. Am Ende steht meist ein Kompromiss, der aber nicht die bestmögliche Lösung für Oberhausen darstellt.

Wir haben die Hoffnung noch nicht aufgegeben. Denn mit Ihrer Bereitschaft interfraktionell sich mit den Problemen der Senioren befassen zu wollen oder sich auch den Angsträumen unserer Stadt zu stellen, können wir endlich die richtigen Signale an die Bürgerinnen und Bürger senden.

Nur so geht's.

Unabhängig davon, welche Überraschungen die neue Landes- und die neue alte Bundesregierung noch für unsere zukünftigen Haushaltsberatungen bringen, erfüllt es mich mit Freude, auch in den nächsten Jahren mit Euch und Ihnen daran mitwirken zu dürfen, dass Oberhausen für uns alle ein Ort wird und bleibt, an dem wir gerne wohnen, arbeiten, einkaufen oder einfach nur einen Teil unserer Freizeit verbringen.

Wir werden dem vorgelegten Haushaltsentwurf vorbehaltlos unsere Zustimmung erteilen.

Glück auf

Mut für die Zukunft.

Notwendige Veränderungen jetzt einleiten!

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger unserer Stadt, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schranz,

(An dieser Stelle möchte ich meinem Ratskollegen Werner Nowak, der eine schwere Operation hinter sich hat, eine baldige Genesung wünschen!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

2018 schließt die letzte deutsche Steinkohlenzeche. Die Ära der Montanindustrie, die uns strukturell geprägt hat, geht damit zu Ende. Allerdings ist der Strukturwandel in Oberhausen bei weitem nicht abgeschlossen.

Die geschichtliche und kulturelle Würdigung dieser Zeiten sollte einen wichtigen Platz einnehmen, aber auch die realen Folgen, wie zum Beispiel, Bergschäden, Ewigkeitskosten der untertägigen Wasserhaltung, Kontamination der Flächen, Spuren industrieller Monokulturen, dürfen wir nicht aus den Augen verlieren.

Zu den alten, nicht gelösten Standortfragen kommen künftige Herausforderungen wie Verkehrswende, Klimawandel, soziale Schieflage usw., die sicherlich nicht allein die Verwaltung, sondern unsere gesamte Stadtgesellschaft betreffen.

Wo lebt es sich am besten? Nach der Großen Deutschlandstudie des ZDF und Prognos zu dieser Frage landet Oberhausen auf Platz 398 von 401 Kreisen und kreisfreien Städten. Die pro Kopf Verschuldung ist mit 8.904 Euro je Oberhausener Einwohner sehr, sehr erfreulich. Und die Kaufkraft 88,1 (2017: 88,4) sinkt. „Viel malochen und dafür wenig in der Tasche!“ Die Zahl der Arbeitslosen sinkt erfreulicherweise unter 10%, ist aber immer noch unterhalb des bundesweiten Durchschnitts. Oberhausen hinkt auch hier dem guten Trend hinterher. Uns darf es daher auch nicht wundern, dass der kürzlich vorgestellte Sozial-Index nicht so rosig ausfällt.

Die Zahlen sprechen für sich, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, und beschreiben eindeutig die Dimension der Herausforderungen, vor der Oberhausen steht. Herausforderungen, für die die Ratsgruppe Offen für Bürger folgenden Lösungsansatz sieht:

Nur gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt hat eine Haushaltsplanung Sinn.

Wir müssen die Bürgerinnen und Bürgern endlich mitnehmen. Wir müssen ihnen die Chance geben, die Verwaltung aktiv, mit Herz und Verstand unterstützen zu können. Die Frage ist aber, ob Politik und/oder Stadtverwaltung das wollen, zulassen und vielleicht sogar positiv unterstützen.

Wollen sie die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger wirklich stärken? Sie haben entsprechende Absichtserklärungen abgegeben, die Leitbilder und Leitlinien entwickelt. Aber das reicht nicht! Haben sie den Mut, diesen Weg auch konsequent weiter zu gehen? Wenn ja, beschließen sie endlich einen Bürgerhaushalt, wie in vielen anderen Kommunen schon längst geschehen.

Das wichtigste Kapital der Kommunen ist das Engagement der eigenen Bürgerinnen und Bürger. Dieses nicht zu nutzen, ist schlicht standortschädlich. Diese Chance wurde diesmal leider schon wieder verpasst.

Es reicht nicht, nur EINE Planstelle für Bürgerbeteiligung zu schaffen... (dem Kollegen Detmers wünschen wir viel Erfolg)... Es muss wesentlich mehr investiert werden. Nicht nur finanziell.

Durch die Neue Kommunale Finanzierung werden die Beigeordneten, die Dezernenten und andere Kostenstellenverantwortliche in die Pflicht genommen, schon frühzeitig Ziele für das kommende Haushaltsjahr zu vereinbaren. Wenn die Verwaltung diesen Auftrag ernst nimmt, müsste sie von sich aus bemüht sein, diese Planungsziele gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern zu vereinbaren. Dafür müssten wir hier im Rat Pate stehen.

Wir, die Ratsgruppe Offen für Bürger, haben den Haushaltsplan 2019 intensiv durchleuchtet. Und siehe da: Diese Zielvereinbarungen nach den NKF-Vorgaben muss man im Haushalt mit der Lupe suchen. Also lassen sie uns gemeinsam unsere Hausaufgaben machen.

Deshalb unser Vorschlag für den Haushaltsplan 2020... und ich wiederhole mich da gerne: Wir müssen diese Ziele GEMEINSAM mit den Bürgerinnen und Bürgern im Vorfeld vereinbaren. Und damit mehr direkte Demokratie wagen.

Außerdem wollen wir die Beigeordneten und Dezernenten motivieren, und ihre Arbeit am liebsten mit Boni, gegebenenfalls aber auch mit Mali bewerten lassen. Gute Arbeit für unsere Stadt soll sich lohnen. Diesen Antrag werden wir bereits unterjährig zur Diskussion stellen.

Wir fordern schon lange einen transparenteren Haushalt. Sie argumentieren hier immer, der Haushalt sei für die Bürgerinnen und Bürger zu kompliziert. Dann machen sie ihn doch verständlich und auch für Lieschen Müller nachvollziehbar.

Hamburg zum Beispiel hat bereits eine Transparenzsatzung verabschiedet. So wird auch ein komplizierter Haushalt bürgernah abgebildet. Das hat positive Auswirkungen, denn viele Augen sehen mehr, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Das beste Beispiel dafür ist nicht mal eine Woche her. Rund 100 Bürgerinnen und Bürger zeigten den Verwaltungsplänen zu Straßenarbeiten an der Kettwiger und Werdener Straße die Rote Karte. Sie kritisierten die Pläne schlicht als unsinnig. Wenn der Rat seinen Beschluss korrigiert und der Bürgermeinung folgt, spart Oberhausen bis zu 1,3 Millionen Euro.

„Die Bürger machen fleißig mit“ war am letzten Freitag auf der Bürgerseite der NRZ zu lesen. Frau Ludwig, danke für diesen guten Beitrag.

Modernisierung der Verwaltung

Lassen sie mich noch über die Verwaltung, Organisation und Personalentwicklung sprechen.

Wir messen die Verwaltung nicht alleine an der Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sondern an den Leistungen, die sie für Oberhausen erbringen. Wenn die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gut behandelt werden, können die Bürgerinnen und Bürger nur davon profitieren. Gucken wir weiter nur stur auf die reine Anzahl der Beschäftigten statt an einer Personalentwicklung mit elektiven Strukturen zu arbeiten, führt das nur in eine Sackgasse. Deshalb ist im Haushaltssanierungsplan die Maßnahme Nr. 1a aus Sicht der Ratsgruppe Offen für Bürger uneffektiv und kontraproduktiv. Beim Haushaltssanierungsplan sollte nicht nur Haushaltssanierung drauf stehen, sondern auch drin sein.

Die versprochenen Änderungen in Richtung modernerer Verwaltung sind noch nicht eingeleitet worden. Herr OB Schranz, drücken sie da bitte auf die Tube. Diese Veränderungen sind sehr, sehr wichtig. Wir brauchen mehr Qualität, bessere Schnittstellen und bessere Ergebnisse. Vergessen sie nicht, sie sind nicht nur 1. Bürger unserer Stadt, sondern auch Chef der Verwaltung.

Lieber Herr Oberbürgermeister Schranz, sie haben eine Trendwende versprochen, bei der wir sie gerne unterstützen wollen. Aber sie müssen auch endlich spürbar loslegen.

Die Ratsgruppe Offen für Bürger fordert eine Stärkung des Bereichscontrollings und des Rechnungsprüfungsausschusses! Es kann nicht sein, dass hier offensichtlich nicht genug getan wird, um die finanziellen Verluste zu minimieren.

Wir wissen, dass die meisten städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sehr ortsgebunden sind und sich stark mit Oberhausen identifizieren. Es wäre sehr wünschenswert, dass dies auch in der Führungsebene verstärkt vorgelebt wird.

Da ist es auch kein Widerspruch, ein größeres Bekenntnis zur Metropole Ruhr zu fordern. Denn die ist - abseits des lokalen Kirchturmdenkens – eine echte Chance für Oberhausen.

Wir brauchen mehr interkommunale Zusammenarbeit

Zusammenarbeit ist die Chance, um Synergien zu generieren - mit positiven Folgen für den Haushalt. Wir haben viel zu wenig davon. Warum können Theater, Umwelt-, Vermessungs- und Planungsämter, aber auch Feuerwehren - nur um einige Beispiele zu nennen - nicht mehr und intensiver über die kommunalen Grenzen hinweg zusammenarbeiten?

Interkommunale Zusammenarbeit, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist in der Metropole Ruhr DIE Baustelle der Zukunft! Aber nicht nur bei uns im Ruhrgebiet.

Zu Europa bekennen

Wir müssen unseren Blick immer mehr und mehr nach Europa richten und uns als Europäer in Worten und Taten zu Europa bekennen.

Wirtschaftsstandort Oberhausen

Die Ratsgruppe Offen für Bürger findet es richtig, dass unser Oberbürgermeister Schranz seinen Blick auf die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen (z.B. Edeka) richtet, und versucht, neue Investoren nach Oberhausen zu locken. Aber wir fordern ihn auf, diesen Blick weiter in die Zukunft zu richten:

- Oberhausen braucht einen gesamtstädtischen Verkehrsplan, mit optimaler Autobahn- und Gleisanbindung.
- Oberhausen muss von den alten Leitmarken Einzelhandel und Tourismus zu Zukunftstechnologien umschwenken.
- Oberhausen muss die Digitalisierung als wichtigen Standortfaktor forcieren.
- Oberhausen braucht einen kommunalen Zukunfts-Pakt. Dringend!

Zu all dem müssen die entsprechenden Ressourcen im Haushalt bereitgestellt werden.

Es ist die richtige Lösung auf die Einnahmeschwäche des Städtischen Haushaltes zu reagieren. Falsch sind dabei aber die aktuelle Höhe der Gewerbesteuer und vor allem die Andeutungen, diese noch weiter zu erhöhen. Das wäre fatal für unseren Wirtschaftsstandort.

Auch eine Erhöhung der Grundsteuer B ist eher schädlich zu bewerten und trifft vor allem die Falschen. Lassen sie lieber die Finger davon und starten sie stattdessen eine neue Wohnbaupolitik mit einen starken, gut abgestimmten Stadtentwicklungsprogramm 2030.

Die Ratsgruppe Offen für Bürger wird jegliche Abgabenerhöhungen, die eher als Beruhigungspille für die Bezirksregierung gedacht sind, ablehnen.

Stadtkonzerne

Lassen sie mich einen Blick auf unsere Stadtkonzerne werfen. Viele der Beteiligungen und Töchter stehen stark unter Druck. Wir stellen strukturelle Probleme fest, die für unseren Haushalt Risiken bedeuten. Deshalb befürworten wir die Trennung von nicht zukunftsfähigen Beteiligungen an RWE und SteAG.

Wir müssen auch über die Rolle unserer Sparkasse nachdenken, denn wir sehen sie eher mitten in unserer Zivilgesellschaft als „Dependenz der Verwaltung“.

Eine schwarze Null, die allerdings sehr fragil ist, kann nur die Voraussetzungen für die Befreiung aus der Umklammerung der Bezirksregierung sein. Es ist nur eine Verschnaufpause, denn die strukturelle Schuldenlast, der Reform- und Investitionsstau, die schwache Kaufkraft, die relativ hohe Arbeitslosigkeit und der nicht abgeschlossene Strukturwandel belasten Oberhausen immer noch.

Die Konsolidierungsbeiträge werden bedauerlicherweise nicht erreicht. Nur die GMVA, trotz gesenkter Gebühren, macht weiterhin Gewinne! Die Vermutung, dass da NOCH mehr drin ist, liegt nahe. Die Beitragszahler sollten nach unserer Auffassung davon profitieren. Im Dezember, bei der Diskussion um die Beitragssätze, werden wir darauf bestehen.

Die Umstrukturierung der OGM ist ein richtiger Schritt. Dies sollten wir weiterhin verstärkt vorantreiben.

Die kommunale Selbstverwaltung muss Realität werden.

Subsidiarität, das heißt wer die Musik bestellt, sollte sie gefälligst auch bezahlen, wird nicht ganz so gelebt. Die Rate der Sozialkosten nimmt stetig zu und belastet unser Haushalt überdurchschnittlich.

Wir fühlen uns im Land und Bund nicht gut vertreten. Die Kosten der Integration und Unterbringung von Flüchtlingen müssen durch Land und Bund getragen werden! Wir dürfen nicht allein auf diesen Kosten sitzenbleiben.

Nicht alles, was von oben kommt, ist gut. Bestes Beispiel dafür ist Sofia. Und damit ist nicht Sophia, die Göttin der Weisheit, gemeint, sondern das finanzwissenschaftliche Gutachten der früheren Rot-Grünen Landesregierung. (siehe auch Urteil vom 20. Mai 2016 Verfassungsgerichtshof zum Soziallastenansatz / Bedarfskonzept GFG 2012))

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen von SPD/Grünen und auch von CDU und FDP: haben sie kein Herz für Oberhausen? Falls doch, dann lassen Sie das bitte auch endlich ihre Parteifreunde im Landtag spüren.

Warum schützt die große Koalition in Berlin die Autoindustrie, die den Dieselskandal verursacht hat, die Gesundheit der Menschen gefährdet und damit den Kommunen noch nicht genau zu beziffernde Kosten beschert?

Was machen wir mit unseren Logistikprojekten? Wie werden Edeka und das CentrO bei uns weiter für Gewerbesteuer oder sonstige Einnahmen sorgen können, wenn ein Dieselfahrverbot bald auch Oberhausen trifft?

Oder schafft es unsere Umweltdezernentin, über Nacht noch irgendwelche Maßnahmen aus dem Hut zu zaubern? Wohl wissend, dass wir in Oberhausen keine belastbaren Verkehrspläne haben.

Vertrauensverlust, Überforderung, Suche nach einfachen Erklärungen und Entfremdung – auf diese Entwicklungen in unserer Gesellschaft müssen wir in Oberhausen durch mehr Bürgernähe, Transparenz, Ortsverbundenheit (Identifikation), Beharrlichkeit und vor allem durch bessere Beteiligungsprozesse antworten. Wir brauchen einen neuen gesellschaftlichen Diskurs. In vielen Kommunen, Bundesländern und vor allem in Berlin wird uns gerade aufgezeigt, wohin ein stumpfes „Weiter so“ uns auch in Oberhausen hinführen kann.

Lassen Sie uns den Bürgerinnen und Bürgern mehr Aufmerksamkeit schenken. Lassen Sie sie uns noch viel mehr in den Mittelpunkt unseres Handelns stellen.

Lassen Sie sie uns 2020 endlich mitnehmen und einbinden in die Haushaltsberatung.

Das wäre ein RICHTIGER Strukturwandel in unserer Stadtgesellschaft - für ein lebenswertes, lebenswertes und bürgernahes Oberhausen.

Ich wünsche uns allen dafür mehr Mut.

Glückauf

Albert Karschti

Vorsitzender der Ratsgruppe „Offen für Bürger“

HAUSHALTSREDE 2019

Es fehlt Personal. Jetzt als Ratsmitglied, das auf die Inhalte von einigen Gremiensitzung nicht zurückgreifen kann, fallen mir die fehlenden Niederschriften aus den Gremien besonders auf. Aber leider werden auch die Beschlüsse aus den Gremien in ALLRIS nicht hinterlegt. Bis Sonntagabend waren die Beschlüsse

- * aus dem Planungsausschuss vom 09-11-2018,
- * die Beschlüsse aus der Bezirksvertretung Sterkrade vom 08-11-2018,
- * die Beschlüsse aus der Bezirksvertretung Alt-Oberhausen vom 07-11-2018

hinterlegt. Alle Beschlüsse aus sämtlichen anderen Sitzung bleiben im Verborgenen.

Und wenn Jutta Bach von der Stadtkanzlei mir nicht aus der Ältestenratssitzung, die die Ratssitzung vorbereitet mitgeteilt hätte, dass ich 5 Minuten Redezeit zum Haushalt 2019 habe, dann wäre ich jetzt noch nicht mal vorbereitet.

Und das ist nicht das übertriebene Bedauern eines fraktionslosen Mitglieds im Rat der Stadt über die Überlastung des Personals der Stadt, das man einfach beiseite wischen kann.

Wir wollen BürgerInnen an der Gestaltung unserer Stadt beteiligen. Beteiligung setzt aber voraus, dass jedem die Möglichkeit der Information gegeben wird. Gemeindeordnung (§ 52) und die Geschäftsordnung der Stadt (§ 19) sehen durchaus auch Niederschriften vor. Wenn aber Verwaltungshandeln noch nicht einmal die Transparenz gewährleistet, die Verwaltung sich selbst zum Maßstab gemacht hat, muss BürgerInnenbeteiligung dann nicht scheitern?

.....

Unsere Kommune liegt inmitten eines der reichsten Länder der Welt. Und doch wird von der Geburt bis zum Tod der Mangel verwaltet.

Der Bund kann im kommenden Jahr 356,4 Milliarden Euro ausgeben, zurzeit findet die zweite und dritte Lesung des Haushaltsentwurfes im Bundestag statt.

Das Land NRW kann im kommenden Jahr 77.143.531.400 Milliarden Euro ausgeben.

Wieso nur kommt so wenig bei den Menschen in den Kommunen an?

.....

Kinder werden geboren. Mehr Kinder als die Statistik vorsieht

B/16/3366-01 Rat der Stadt vom 19.03.2018

- Die Gesamtzahl der Plätze für Kinder im Alter von 3 Jahren bis zum Schuleintritt in Oberhausener Kindertageseinrichtungen beträgt im kommenden Kindergartenjahr 5.607 Plätze. Der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz ab 3 Jahre wird mit einer Versorgungsquote von rd. **93,64 %** gesichert.
- Für Kinder unter 3 Jahren werden 1.962 Plätze vorgehalten. Davon 1.110 Plätze in Kindertageseinrichtungen und 852 Plätze in Kindertagespflege. Das entspricht einer Versorgungsquote von rd. **36,07 %**.
- Das Platzangebot für Kinder mit Behinderungen in inklusiver Betreuung umfasst 215 Plätze davon 6 Plätze für Kinder unter 3 Jahren. Unterjährig könnte sich die Zahl der zu betreuenden inklusiven Kindern erweitern, falls in Einzelfällen der Anspruch auf Eingliederungshilfe festgestellt werden konnte.

Von den benötigten 808 Plätzen in KTE können zum KJ 2018/19 temporär 630 Plätze geschaffen werden. Von diesen **630** Plätzen werden 273 in den KTE freier Träger sowie 357 Plätze in städtischer Trägerschaft angeboten.

In den gesamten Platzausweitungen sind enthalten

- **312** Plätze verteilt auf 16 **Not- bzw. Vorläufergruppen** in verschiedenen KTE, im Vorgriff der zu schaffenden bzw. sich im Bau befindlichen neuen Kindertageseinrichtungen sowie
- **318 Überschreitungen im Rahmen der Betriebserlaubnis** (§18 Abs. 4 KiBiz) verteilt auf alle Oberhausener KTE nach den individuellen Möglichkeiten der jeweiligen Einrichtung.

.....

Kinder gehen zur Schule.

Die heutige Gesellschaft macht die Menschen krank. Und unser Bildungssystem ist ein System ausschließlich für Gesunde. Aber unsere Schülerinnen und Schüler sind nicht gesund. Überlastung von Elternhäusern und Hilfe-Systemen führen zu Depressionen.

Die meisten Kinder sind schon in den Kitas verhaltensauffällig. Auch ein Jahr vor der Einschulung sind Deutschkenntnisse nicht immer vorhanden. Zusätzliches Personal für Inklusion? Mangelware. Es gibt zahlreiche unversorgte Kinder mit sprachlichen und sozialen Defiziten, die nur unzureichend von den institutionellen Systemen aufgefangen werden können.

Artikel 6 der Verfassung für das Land NRW)

Kinder und Jugendliche

(1) Jedes Kind hat ein Recht auf Achtung seiner Würde als eigenständige Persönlichkeit und auf besonderen Schutz von Staat und Gesellschaft.

(2) Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Entwicklung und Entfaltung ihrer Persönlichkeit, auf gewaltfreie Erziehung und den Schutz vor Gewalt, Vernachlässigung und Ausbeutung. Staat und Gesellschaft schützen sie vor Gefahren für ihr körperliches, geistiges und seelisches Wohl. Sie achten und sichern ihre Rechte, tragen für altersgerechte Lebensbedingungen Sorge und fördern sie nach ihren Anlagen und Fähigkeiten.

(3) Allen Jugendlichen ist die umfassende Möglichkeit zur Berufsausbildung und Berufsausübung zu sichern.....

Artikel 8 der Verfassung für das Land NRW

(1) Jedes Kind hat Anspruch auf Erziehung und Bildung. Das natürliche Recht der Eltern, die Erziehung und Bildung ihrer Kinder zu bestimmen, bildet die Grundlage des Erziehungs- und Schulwesens.

Die staatliche Gemeinschaft hat Sorge zu tragen, daß das Schulwesen den kulturellen und sozialen Bedürfnissen des Landes entspricht.....

Artikel 12 der Verfassung für das Land NRW)

(1) Schulen müssen entsprechend ihren Bildungszielen nach Organisation und Ausstattung die Voraussetzungen eines geordneten Schulbetriebs erfüllen.....

M/16/3802-01 JHA, Schul- und Sozialausschuss
Schulsozialarbeit in Oberhausen- Rückblick und Aussicht

1. Rechtliche Grundlagen zur Schulsozialarbeit in NRW

Im Kinder- und Jugendhilfegesetz (SGB VIII) ist die Kooperation von Jugendhilfe und Schule verankert.

„Jeder junge Mensch hat das Recht auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit“ (§ 1 Abs. 1 Sozialgesetzbuch (SGB), Achtes Buch (VIII) Kinder- und Jugendhilfe).

Schulsozialarbeit fällt unter die Ausgestaltungsmöglichkeiten von schulischer Jugendsozialarbeit nach § 13 SGB VIII und der schulbezogenen Jugendarbeit nach § 11 SGB VIII.

Immerhin gibt es nur noch wenige Schulen, in der keine SchulsozialarbeiterIn zumindest mit einer halben Stelle präsent ist. Von den 5 Gymnasien sind es allerdings nur 2, die SchulsozialarbeiterInnen beschäftigen (Bertha und Heine).

Und doch müssen wir froh sein, dass es sie gibt, die Schulsozialarbeit.

Man muss halt Wege finden, die im ungünstigsten Fall die beste Lösung bieten.

SchulsozialarbeiterInnen,

- * die nur mit halber Stelle an einer Schule eingesetzt werden können,
 - * die nur Zeitverträge haben und jedes Jahr neu bangen müssen, ob sie noch - aus welchem Topf auch immer - weiterbeschäftigt werden,
 - * Beziehungsaufbau, der nach einem Jahr abrupt endet
- Sieht so die „beste Lösung“ aus in einem reichen Land?

.....

Gut wäre eine Stärkung der Regional-Teams. Diese sind hoffnungslos unterbesetzt.

Aufsuchende Sozialarbeit, die vorbeugend / präventiv einschreiten kann, ist meist eine „freiwillige soziale Leistung“. Kompensation für die Finanzierung muss gefunden werden, auch wenn alle wissen, dass jeder Euro in Prävention investiert, ein vielfaches an Folgekosten - Jugendhilfe, Jugendgerichtshilfe, Obdachlosigkeit, Kinderarmut, Jugendarbeitslosigkeit - ersparen würde.

Also Kind dann erst mal in den Brunnen fallen lassen. Dann ist es eine pflichtige soziale Leistung, die erbracht werden muss, um Kindeswohl zu gewährleisten.

Kinder- und Jugend-Förderplan für den Zeitraum ab 2020 wird gestrickt. Werden dort die notwendigen 2 Stellen für jedes Jugendzentrum berücksichtigt?

.....

Schulabsentismus, Abschlus, Lehrermangel, Inklusion ohne ausreichend förderpädagogische Fachkräfte, Stundenausfälle, Aber irgendwann ist Schule dann beendet und die Ausbildungsplätze und Arbeitsplätze werden gesucht.

Arbeitsmarkt im Überblick - Berichtsmonat Oktober 2018 - Oberhausen, Agentur für Arbeit

Ausgewählte Merkmale	Aktueller Monat	Veränderung zum Vorjahresmonat
Arbeitslose insgesamt	16.473	-1.424
Arbeitslose SGB III	3.494	-200
Arbeitslose SGB II	12.979	-1.224
Arbeitslosenquote insgesamt	8,4	-0,9
Arbeitslosenquote SGB III	1,8	-0,1
Arbeitslosenquote SGB II	6,6	-0,7
Gemeldete Arbeitsstellen	5.071	1.127
Unterbeschäftigung (ohne Kurzarbeit)	23.310	-1.312
Unterbeschäftigungsquote	11,6	-0,8

Die Zahl der Arbeitslosen sinkt; das ist die gute Nachricht.
Aber es sind immer noch 16.473 Menschen in Oberhausen ohne Arbeit.

Und die Langzeitarbeitslosigkeit ist manifest, die Kinderarmut in NRW wächst.
Jugendliche sind oft jahrelang von Sozialgeld abhängig und haben nie erlebt, was es bedeutet, regelmäßig zur Arbeit aus dem Haus zu gehen.

Die Arbeitsplätze, die „geschaffen“ werden, finden im Centro oder in Lager-Logistik-Unternehmen statt, ungelernt, ungelernt, unqualifiziert, prekär.

Mangelnde Teilhabe kann nur auf lokaler Ebene gelöst werden.

Überlebt man dieses Leben dann und erreicht trotz der Umweltbelastungen unserer Umgebung ein höheres Alter, dann sucht man für die SeniorInnen den Mittelpunkt.

Es bleibt zu hoffen, dass er nicht bei Senioren-Bewegungsgeräte in einem Park gesucht wird.

Quartierskonferenzen, Quartiersbüros, Sozialraumgespräche,
Sozialraumgremien, Sozialdatenanalysen, Bürgerbeteiligungsveranstaltungen,
Bürgerversammlungen, Bügerrat, Arbeitskreis Bürgerbeteiligung, Bürgerforum,
Bürgerdialog, Bürgerstammtisch Zukunftsstadt.....

Oberhausen ist auf dem Weg,

Und ist es nicht schon ein Erfolg, dass fast ganz darauf verzichtet werden kann auf die besondere Betroffenheit von Menschen mit Migrationshintergrund zu verweisen.

Ja, Integration braucht noch enorm viel Personaleinsatz. Und Ehrenamt ist auch hier kein Ersatz für institutionelle Hilfe. Aber die neu Zugewanderten sind einfach ein Teil von Oberhausen geworden und profitieren wie alle von der Verbesserung der öffentlichen Institutionen.

Oberhausen bleibt natürlich abhängig von Förderprogrammen. Wir machen nicht das Notwendige sondern das, für das es Förderprogramme von Bund und Land gibt. Manchmal schaffen wir auch das nicht, weil zu Programmen wie „Gute Schule 2020“ nicht auch das Personal mitgeliefert wird, um die Programme vor Ort in die Tat umsetzen zu können.

Aber auch damit steht Oberhausen nicht alleine da; immerhin wir versuchen es.

Förderprogramme setzen einen genehmigten Haushalt voraus.
Ein Haushalt, der unter dieser Prämisse strategisch geschickt aufgestellt wird.
Basis sind Zahlen, die schwierig zu prognostizieren und zu überprüfen sind.
Sind wir wirklich noch überrascht, wenn im laufenden Jahr dann Ausgaben über den prognostizierten Ansatz hinaus überplanmäßig beschlossen werden müssen?

Oberhausen, 19-November-2018
Andrea-Cora Walther
Mitglied im Rat der Stadt für die

